

Tirol vor der Landtagswahl 2013

Wahlwerbende Partei:

KPÖ

Die Beantwortung der Fragen erfolgte durch (Name, Funktion):

Roland Steixner (Spitzenkandidat)

Bewusstseinsbildung & Vorbildwirkung

Welche Vorbildfunktion haben PolitikerInnen bei Umwelt- und Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität?

Es ist wichtig, dass in der Politik Maßnahmen für den Umwelt und Klimaschutz getroffen werden. PolitikerInnen, die auch in ihrem persönlichen Alltag z.B. den öffentlichen Verkehr nützen oder auf dem Fahrrad fahren, statt mit dem Auto herumzufahren, sind wesentlich glaubwürdiger als diejenigen, die das nicht tun. Denn sie sind mit den Problemen und Mängeln der ÖV-Anbindung auch täglich konfrontiert.

Wo steht Tirol auf dem Weg in die Zukunft

Was bedeutet für Sie der Begriff „Zukunftsfähigkeit“?

Eine Gesellschaft ist zukunftsfähig, wenn sie darauf orientiert ist, das, was sie für ihr Bestehen braucht, so zu organisieren, dass sie ihre Lebensgrundlagen dabei nicht zerstört. Das bedeutet in jedem Fall Naturschutz. Denn ohne Natur kann auch keine Gesellschaft bestehen, da alles was wir zum Leben brauchen, aus der Natur kommt.

Wobei besteht für Tirol in den nächsten 10 Jahren allgemein der wesentlichste Veränderungsbedarf?

Aus umweltpolitischer Sicht, muss der Autoverkehr und der Transit gedrosselt werden. Das geht nur durch stärkere Investitionen in einen billigeren Öffentlichen Verkehr, sowie darin, Radwege attraktiver zu gestalten. Auch in Innsbruck gibt es diesbezüglich noch genügend Baustellen. Gleichzeitig muss der Zersiedelung entgegengewirkt werden.

Wie kann die Tiroler Landespolitik in der nächsten Legislaturperiode verstärkt in die Zukunftsfähigkeit des Bundeslandes investieren?

Indem sie dafür sorgt, dass die öffentlichen Verkehrsmittel deutlich billiger werden und attraktiver gestaltet werden. Am besten wäre überhaupt eine Freifahrt für den Öffentlichen Verkehr in ganz Tirol. Hasselt (Belgien) hat gute Erfahrungen damit gemacht. Gleichzeitig muss auch dringend etwas gegen die hohen Wohnkosten in den Ballungsgebiet Innsbruck getan werden, um die Anfahrtswege zu verkürzen. Hier könnte vermehrt in den sozialen Wohnbau investiert werden, indem die Wohnbauförderungsmittel wieder zweckgewidmet werden.

Mobilität

Wollen Sie Tirol mehr in Richtung ökologische Mobilität bewegen?

Ja

Wenn ja, welche Maßnahmen wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode tätigen?

Eine Forderung der KPÖ ist die Freifahrt für alle öffentlichen Verkehrsmittel. Dafür werden wir auch im Landtag werben. Grundsätzlich wichtig ist jedenfalls die Verbilligung des öffentlichen Verkehrs und auf dem Land eine bessere Verkehrsanbindung. Außerdem wird sich die KPÖ für die Senkung der Wohnkosten gerade in den Ballungsräumen einsetzen, damit die Wege von Wohnung zur Arbeit kürzer werden.

Wie stehen Sie zur folgenden Aussage: Zu viele TirolerInnen sind im Alltag im Auto unterwegs?

Ja

Begründung:

Leider ist das so, aber es hat auch seine Ursachen. Einerseits kann der ÖV nicht alle Strecken, die PendlerInnen zurücklegen müssen, angemessen bedienen. Andererseits ist auch die Tarifgestaltung des ÖV nicht gerade einladend. Wenn ZeitkartenbesitzerInnen den Nightliner extra bezahlen müssen, animiert dies im Zweifel nicht zur Nutzung des ÖV

Tirol braucht mehr öffentliche Investitionen in den ÖV abseits der Hauptstrecken.

Ja

Begründung:

Natürlich, eben weil die Verbindungen noch attraktiver gestaltet werden müssen, damit mehr TirolerInnen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen.

Welche ÖV-Projekte wollen Sie in Tirol konkret umsetzen und wann?

Als vorrangig sehen wir erst einmal eine attraktive Tarifgestaltung und eine kürzere Taktung der bestehenden Strecken. Dann wird zu evaluieren sein, wo die Nachfrage nach Verbindungen am größten ist.

Die Erhaltung von Bahnlinien hat sich im Rückblick oft als sinnvoll erwiesen. Welchen Wert haben für Ihre Partei Regionalbahnen für die Wirtschaft und die Mobilität?

Die KPÖ setzt sich für die Erhaltung von Bahnlinien ein. Leider ist die ÖBB immer mehr wie ein privates Unternehmen auf Gewinnorientierung aufgebaut. Während die Regierung die ÖBB auf teure Millionengräber wie den Brenner-Basis-Tunnel verpflichtet, ist für den Erhalt regionaler Strecken kein Geld mehr da.

In Tirol steigt die Belastung durch Luftverschmutzung und Lärm. Wie wollen Sie die Alpentransitfahrten auf ein verträgliches Mindestmaß reduzieren?

Indem wir den Transit mit einer Tonnageabgabe von mindesten einem Euro pro Tonne besteuern, durch strengere Umweltauflagen und sektorale Fahrverbote.

Im Zuge des Ausbaus der Fernpassbundesstraße B179 ist nun der Fernpass-Scheiteltunnel wieder im Gespräch. Wie wollen Sie die Bevölkerung entlasten und Mobilität garantieren?

Die 7,5 Tonnen-Beschränkung muss gehalten und verstärkt kontrolliert werden. Außerdem muss es zu einer Taktverdichtung der Zugverbindung kommen.

Was meinen Sie zu folgender Aussage: Die Mobilität der Zukunft wird sich vom Auto gelöst haben.

Ja

Begründung:

Eine zukunftsfähige Mobilität ist mit dem Auto nicht zu machen.

Umweltschutz/Klimaschutz und Energie

Wollen Sie Tirol mehr in Richtung Umweltschutz/Klimaschutz bewegen?

Ja

Wenn ja, welche Maßnahmen und Investitionen wollen Sie kommende Legislaturperiode tätigen?

Verbesserung des ÖV-Angebotes, Verhinderung weiterer Erschließungen von Naturräumen auf den Bergen für Schigebiete, Senkung der Wohnkosten, Verbesserung des Radwegangebotes;

Bis wann soll Tirol so viel Energie aus erneuerbaren Quellen (Sonne, Wind, Wasser, Geothermie) produzieren, wie es selbst benötigt? Sind sie dafür, bis 2050 auf 100 % Erneuerbare umzustellen?

Es ist wichtig, dass der Pfad, bis 2050 auf erneuerbare Energien ernsthaft beschritten wird. Dafür sollen alle an einem Strang ziehen.

Welche Ziele setzt sich Ihre Partei zur Reduktion von klimawirksamen Emissionen?

Die oben bereits genannten Maßnahmen müssen durchgeführt werden: öffentlicher Verkehr muss billiger werden, Transit im Gegenzug besteuert werden, sektorale Fahrverbote, Wohnungen müssen gedämmt werden, um den Wärmeverbrauch zu reduzieren, Wohnraum muss dort geschaffen werden, wo es gute Anbindung zum ÖV gibt.

Sind Sie für ein Schiefergasverbot in ihrem Bundesland und bundesweit?

Ja. Denn die Folgen der Förderung von Schiefergas sind unabsehbar: Kontamination von Boden, Grundwasser und letztlich der Atmosphäre. Wir wollen auf erneuerbare Energien umsteigen. Hier erneut die Erschließung fossiler Energiequellen zu forcieren, wäre definitiv ein Schritt in die falsche Richtung.

Siedlungsentwicklung/Regionalentwicklung

Wollen Sie Siedlungsstrukturen fördern, in denen ein Großteil der Zielorte öffentlich bzw. fußläufig erreichbar ist, oder Strukturen, in denen die meisten Ziele nur per PKW erreichbar sind?

Ersteres. Daher muss auch der kommunale/gemeinnützige Wohnbau gefördert werden. Durch den Verkauf der aushaftenden Förderungsdarlehen und die Aufhebung der Zweckbindung der Wohnbauförderung wurde der Gemeinnützige Wohnbau gedrosselt. Die Lockerung des Mieterschutzes tat ein Übriges um den Wohnraum in verkehrsmäßig gut angebundener Lage empfindlich zu verteuern. Folglich verstärkt sich dadurch das Problem der Zersiedelung mit all ihren ökologischen Nachteilen. Leistbaren Wohnraum in verkehrsmäßig gut angebundener Lagen zu schaffen, ist daher dringend geboten.

Welche Rolle soll der Schienenverkehr zur Sicherung der (über-)regionalen Mobilität einnehmen?

Eine zentrale Rolle!

Ökologisierung des Wirtschaftssystems

Möchte Ihre Partei die Tiroler Wirtschaft ökologisieren und Klimaschutzmaßnahmen setzen? Wenn ja, wie?

Eine Energiegrundsicherung für alle Haushalte. Der der Haushaltsgröße entsprechende Grundbedarf an Energie soll kostenlos zur Verfügung stehen. Der Tarif für den hinausgehenden Energiebedarf wird progressiv gestaltet. Diese soll einerseits durch eine Wertschöpfungsabgabe der Energiekonzerne und die progressive Tarifgestaltung der über den Grundbedarf hinausgehenden Energie gegengefinanziert werden.

Viele ExpertInnen sehen in der Umverteilung der Abgabenlast von Arbeitszeit auf Ressourcen (Ökosteuern, „CO₂-Abgabe“) eine große Chance. Wie stehen Sie dazu?

Die tatsächlich entstehenden Kosten, die durch Belastung der Umwelt entstehen, müssen miteinberechnet werden. Allerdings sollte bei der Verteilung der Kosten auch die Verteilungsgerechtigkeit miteinfließen.

Bildung/Forschung

Wollen Sie Tirol mehr in Richtung Bildung/Forschung bewegen?

Ja

Wenn ja, welche Investitionen wollen Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode tätigen?

Die KPÖ steht für eine Gesamtschule und für die Abschaffung der Sonderschulen, damit der unerträgliche Zustand der Selektion ein Ende hat. Dabei müssen aber gleichzeitig die Klassenschülerzahlen gesenkt werden und es benötigt pro Klasse auch mehr als eineN LehrerIn. Bildung und Ausbildung müssen prinzipiell kostenlos sein. Wir leben angeblich in einer Wissensgesellschaft. Was wir aber erleben, ist dass der Zugang zu Bildung für die breite Bevölkerung eher erschwert als erleichtert wird. Die zunehmende Verschulung der Universitäten ist übrigens auch alles andere als arbeitnehmerInnenfreundlich.

Braucht Tirol braucht mehr öffentliche Investitionen in Bildung?

Ja

Begründung:

Auf jeden Fall muss hier etwas getan werden. Wenn ein Drittel der SchülerInnen auf private Nachhilfe angewiesen ist, dann muss das ein Indiz dafür sein, dass irgendetwas im Schulsystem nicht richtig funktioniert.

Innsbruck oder Osttirol stehen zur Debatte als Standort für eine „Modellregion Gesamtschule“. Wie stehen Sie zur Weiterentwicklung des Tiroler Schulsystems?

Die KPÖ steht für die Gesamtschule. Diese soll so bald als möglich kommen.